

Aktuelle PPP-Ausschreibungen / Ausschreibungen mit PPP-Elementen

- **Stadt Ahrensburg. Begegnungsstätte.**
Planung, Neubau, Finanzierung und Betrieb (Gebäudemanagement) der Bürgerbegegnungsstätte „Peter-Rantzau-Haus“ in Ahrensburg. Geplante Nutzfläche: ca. 1.600 m². Vertragliche Nutzungsdauer: 20 Jahre. *(Die Trägerschaft wird nach Presseberichten weiterhin bei der AWO liegen).*
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren. Schlusstermin für die Einreichung der Teilnahmeanträge: 31.3.2009. Dokumentennummer im TED: 53928-2009.
- **SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH. Verwaltungsgebäude.**
Neubau und anschließende Vermietung eines Verwaltungsgebäudes einschließlich dessen Betrieb an die SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH.
Die SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH plant die Errichtung eines Verwaltungsgebäudes basierend auf einem bereits bestehenden Entwurf mit einer BGF von ca. 18.720 m². Ca. ²/₃ der Gebäudefläche sollen von den Stadtwerken angemietet werden.
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren. Schlusstermin für die Einreichung der Teilnahmeanträge: 2.4.2009. Dokumentennummer im TED: 53924-2009.
- **Stadt Coburg. Sporthalle.**
Planung, Bau und 15-jährige Instandhaltung/Wartung einer Sporthalle für 3.000 Zuschauer im Baugebiet "Lauterer Höhe". Das Raumprogramm soll neben dem allg. Vereinssport die Durchführung eines Liga-Betriebs in den Sportarten Handball, Volleyball und Schießsport ermöglichen. Auf dem Baugrundstück sind insgesamt ca. 500 Stellplätze, die für den Betrieb der Halle erforderlichen Freiflächen und die Außenanlagen herzustellen. Die Endfinanzierung sowie der operative Betrieb der Halle werden nicht Bestandteil der Ausschreibung.
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren. Schlusstermin für die Einreichung der Teilnahmeanträge: 30.3.2009. Dokumentennummer im TED: 37499-2009.

Vorinformationen

- **Stadt Leipzig. Schulen.**
Leipzigs Finanzbürgermeisterin Bettina Kudla hat die Ergebnisse der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zum PPP-Projekt "Sanierung und Bewirtschaftung von Schulimmobilien in der Stadt Leipzig mit privaten Partnern" vorgestellt. Danach würde sich für die Stadt Leipzig durch eine PPP-Realisierung ein Wirtschaftlichkeitsvorteil in Höhe von 7,5% ergeben. Fünf Leipziger Schulen wurden in der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung berücksichtigt. Die Investitionssumme beläuft sich auf rd. 60 Mio. Euro
Die Ergebnisse der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung sollen der Ratsversammlung im April vorgelegt werden, wo dann auch über das PPP-Projekt abgestimmt wird. Für Mitte des Jahres ist die europaweite Ausschreibung des Gesamtprojektes vorgesehen. Die Maßnahme soll aus Mitteln des Schulausbauprogramms und des Konjunkturpakets I gefördert werden.
Quelle: <http://www.leipzig.de/de/buerger/newsarchiv/2009/13259.shtml>
- **Landeshauptstadt Kiel. Regionales Berufsbildungszentrum.**
Wir hatten an dieser Stelle mehrfach über die Schwierigkeiten beim geplanten PPP-Projekt „Regionales Berufsbildungszentrum“ berichtet (zuletzt im *PPP-Newsletter 2/2009 vom 23.02.2009*).
Jetzt scheint der Knoten durchschlagen zu sein. Um das Vorhaben voran zu bringen, sollen jetzt nur noch die Neubauten (in Gaarden und am Ravensberg) als PPP-Projekt realisiert werden. Die Renovierung und Sanierung der Altgebäude – ursprünglich auch Bestandteil des PPP-Projekts – werden von der Stadt in Eigenregie durchgeführt. (Die Sanierungsmaßnahmen wurden zum Konjunkturpaket II angemeldet). **Quelle:** Beschlussvorlage 0185/2009 vom 24.02.2009. Vgl. auch:
http://www.kn-online.de/lokales/kiel/75758_Neues_Konzept_fuer_Aufbau_Regionaler_Bildungszentren.html

Zuschlagserteilungen

- **Stadt Mölln.** Sporthalle.
Den Zuschlag zum PPP-Neubau einer neuen Dreifeldsporthalle in Mölln mit 400 Tribünen-Sitzplätzen hat die **Goldbeck Public Partner GmbH** mit Sitz in Bielefeld erhalten. Der Wirtschaftlichkeitsvorteil der PPP-Lösung beläuft sich auf 8%.
Quelle: <http://www.ln-online.de/artikel/2551941>
- **Freistaat Bayern.** Mainbrücke Segnitz.
Am 22.02.2009 erfolgte der offizielle Spatenstich zum Neubau der Mainbrücke Segnitz. Hier ist noch nachzutragen, dass das Bauvorhaben als PPP-Projekt von der ARGE **Adam Hörnig GmbH & Co. KG / Donges SteelTec GmbH, Aschaffenburg**, realisiert wird. Der Zuschlag erfolgte Mitte 2008. Adam Hörnig realisiert derzeit ebenfalls das PPP-Projekt „Mainbrücke Bergrheinfeld“ (vgl. *PPP-Newsletter 24/2007 vom 20.12.2007*)
Quelle: <http://www.mainpost.de/lokales/kitzingen/Segnitz-Bruecke-Spatenstich:art773,4989371>

Weitere Informationen

- **PPP Task Force des Bundes.** Tätigkeit eingestellt.
Die PPP Task Force im BMVBS hat zum 28. Februar 2009 ihre Tätigkeit beendet. Mit der "ÖPP Deutschland AG" hat ein neues PPP-Kompetenzzentrum auf Bundesebene die Arbeit aufgenommen. Die "ÖPP Deutschland AG" wird an die Arbeit der bisherigen PPP Task Force anknüpfen und die Grundlagenarbeiten und die Begleitung der PPP-Projekte des Bundes fortführen.
Quelle: <http://www.ppp-bund.de/>
Weitere Informationen zur „ÖPP Deutschland AG“ finden Sie unter <http://www.oepdag.de/>. Die Startseite ist bereits frei geschaltet; ab Mitte März sollen weitere Informationen zur Verfügung stehen.
- **Andree Consult.** Leitfaden PPP-Machbarkeitsstudien im Krankenhausbau.
Auf Grundlage ihrer Erfahrungen mit durchgeführten PPP-Machbarkeitsstudien im Krankenhausbau hat die Unternehmensberatung ANDREE CONSULT eine „Praxisempfehlung für die Durchführung von PPP-Machbarkeitsstudien im Krankenhausbau“ veröffentlicht. Dieser Leitfaden stellt Krankenhäusern und Krankenhausträgern in Gestalt einfacher Checklisten den Ablauf einer PPP-Machbarkeitsstudie dar und gibt eine Übersicht über die dabei zu bearbeitenden Fragestellungen.
Die Broschüre kann durch interessierte Vertreter von Krankenhäusern oder Krankenhausträgern kostenlos per E-Mail unter info@andreeconsult.de oder per Fax unter 02248 / 90987-31 bestellt werden.

Veranstaltungshinweise

- **VIFG.** Infotag zur neuen Staffel von PPP-Modellen im Bundesfernstraßenbau.
Zum Start der neuen Staffel der PPP-Modelle im Bundesfernstraßenbau veranstalten das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und die VIFG Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft mbH am **20. März 2009** gemeinsam einen Informationstag in Berlin. Die Veranstaltung soll in- und ausländischen Interessenten die Möglichkeit geben, sich über die PPP-Modelle im Bundesfernstraßenbau zu informieren. Programmablauf und Anmeldung unter:
http://www.vifg.de/de/ueber_uns/aktuelles/infoday_oep_modelle_2009.php
- **PPP-Konferenz Karlsruhe.**
Am **29. April 2009** findet in Karlsruhe im Rahmen der Messe KOMCOM SÜD 2009 von 9:00 Uhr bis 11:30 Uhr eine PPP-Konferenz statt. Veranstalter ist die PPP-Taskforce im Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg. Die Teilnahme an der Konferenz ist unentgeltlich, eine Anmeldung jedoch erforderlich. Programmablauf und Anmeldung unter:
<http://www.wm.baden-wuerttemberg.de/sixcms/detail.php/203107>

Betriebswirtschaftliches Institut der Bauindustrie
Postfach 10 15 54, 40006 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 6703-280
Fax: 0211 / 6703-282
E.Paulsen@BWI-Bau.de
<http://www.BWI-Bau.de>



Gesetzgebung und Rechtsprechung mit PPP-Relevanz:

- **Generalanwalt beim EuGH Ján Mazák, Schlussanträge vom 10. Februar 2009 – C-538/07**
<http://www.mkrq.com/reactor.php?page=2671>

Kein automatischer Ausschluss von Bietern in einem Abhängigkeitsverhältnis

Ein italienisches Gericht legte dem EuGH im Rahmen des Vorabentscheidungsverfahrens nach Art. 234 EG-Vertrag die Frage vor, inwiefern eine Regelung mit dem Gemeinschaftsrecht konform ist: Diese Regelung sah einen automatischen Ausschluss von Bietern vor, zwischen denen ein gesetzlich definiertes Abhängigkeitsverhältnis besteht (etwa Mutter- und Tochterunternehmen). Die Möglichkeit des Nachweises, dass im konkreten Fall die Grundsätze der Gleichbehandlung der Bieter und der Transparenz nicht verletzt sind, wurde den Unternehmen nicht gewährt.

In seinen Schlussanträgen sprach sich der Generalanwalt gegen die Vereinbarkeit dieser Regelung mit dem Gemeinschaftsrecht aus. Die Prüfung nahm er dabei zweistufig vor. Zunächst klärte er die Möglichkeit der Mitgliedsstaaten, überhaupt eigene, in den Vergaberichtlinien nicht vorgesehene Ausschlussstatbestände zu statuieren. Danach sei seines Erachtens die Richtlinie 92/50/EWG (die Regelung entspricht Art. 45 Abs. 2 RL 2004/18/EG) zwar hinsichtlich des Ausschlusses aufgrund von Gründen, die auf der beruflichen Ehrenhaftigkeit, Zahlungsfähigkeit oder Zuverlässigkeit des Bewerbers basieren, abschließend. Die Mitgliedsstaaten könnten aber weitere Ausschlussgründe festlegen, die die Grundsätze der Gleichbehandlung und der Transparenz absicherten. Genau dies sei mit dem Ausschlussstatbestand bezweckt gewesen.

In einer zweiten Stufe müsse dann aber der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit als Grenzmaßstab herangezogen werden. An dieser Hürde scheitere die italienische Regelung, da der automatische Ausschluss nicht widerlegt werden konnte. Eine verhältnismäßige Ausgestaltung müsse aber den Bietern zumindest die Möglichkeit gewähren, den Nachweis darüber zu erbringen, dass sie trotz des Abhängigkeitsverhältnisses ihre Angebote ohne Beeinträchtigung des Gleichbehandlungs- und des Transparenzgebotes abgegeben haben.

Die rechtliche Beurteilung der Frage, ob konzernverbundene Unternehmen, die in oder für verschiedene Bieterkonsortien tätig sind, weiterhin beteiligt werden dürfen, ist in den PPP-Verfahren regelmäßig zu beurteilen. In Deutschland wird die Beteiligung von mehreren verbundenen Bietern an einem Vergabeverfahren unter dem Gesichtspunkt wettbewerbsbeschränkender Maßnahmen diskutiert. So hat etwa die VK Lüneburg (Beschluss v. 5. März 2008 – VgK-03/2008) entschieden, dass eine Beteiligung von konzernverbundenen oder personell verbundenen Bewerberfirmen an ein und demselben Vergabeverfahren ohne konkreten Nachweis einer Wettbewerbsbeschränkung kein wettbewerbsbeschränkendes Verhalten sei. Ein Ausschluss setze keine potenziellen, sondern tatsächliche wettbewerbsbeschränkende Verhaltensweisen voraus. Voraussetzung sei deshalb ein konkreter Nachweis, für den dem Auftraggeber die Darlegungs- und Beweislast obliege. Damit ist das deutsche Recht sogar bieterfreundlicher ausgestaltet als es der Generalanwalt verlangt, da dieser gegen eine grundsätzliche Vermutung zu Lasten von Bietern in einem Abhängigkeitsverhältnis keine Einwände erhebt, solange die Möglichkeit zum Gegennachweis eröffnet ist.

Mütze Korsch Rechtsanwaltsgesellschaft mbH
Rechtsanwalt Matthias Berger
Trinkausstraße 7
40213 Düsseldorf
Tel. +49 211 – 88 29 29
Fax +49 211 – 88 29 26
Mobil +49 160 – 47 20 722
berger@mkrq.com
www.mkrq.com

